

Memminger Bündnis gegen Rechts

attac :: Bündnis 90/Die Grünen :: CRB :: CSU :: DGB :: Die Linke :: DIG :: Evangelische Kirche ::
FDP :: Freie Wähler :: Junge Union :: Junger Block :: Jusos :: Katholische Kirche ::
Lokale Agenda 21 :: ÖDP :: SPD

24.08.2011

Stiller Protest

Bündnis mit Mahnwache anlässlich NPD-Veranstaltung in der Stadthalle

Memmingen. Anlässlich der geplanten Informationsveranstaltung des Memminger Kreisverbandes der NPD im kleinen Saal der Stadthalle am Samstag ruft das Memminger Bündnis gegen Rechts zu einer Mahnwache an der ehemaligen Synagoge auf. Diese findet ebenfalls am kommenden Samstag, 27. August, um „Fünf vor Zwölf“ statt.

Erst Anfang dieser Woche wurde öffentlich, dass der NPD-Kreisverband Memmingen eine Veranstaltung in der Stadthalle veranstalten wird. 2008 hatte man bereits äußerst erfolgreich mit einer großen Demonstration gegen eine NPD-Veranstaltung in der Stadthalle protestiert. Diese Veranstaltung wurde zwar durchgeführt, die Stadt hatte aus rechtlichen Gründen keine Möglichkeit sie zu verhindern, es kamen aber zahlreiche Bürgerinnen und Bürger auf den Marktplatz um gegen Rechts Stimmung zu machen. Auf Grund der Kürze der Zeit ist es nicht möglich gewesen, eine ähnliche Demo zu organisieren, so das Memminger Bündnis gegen Rechts. Trotzdem will man parteiübergreifend klar machen, dass man sich energisch gegen die menschenverachtende Politik einer NPD stellt. Memmingen steht für eine bunte, offene und die Menschenrechte achtende Gesellschaft. Zu einem friedlichen Miteinander gibt es keine Alternative. Unter dem Motto „Fünf vor Zwölf“ ruft das Bündnis gegen Rechts alle Menschen auf sich am Samstag, 27. August, um 11:55 Uhr, vor der ehemaligen Synagoge am Schweizerberg einzufinden und – wenn möglich – eine bunte Sommerblume zum Niederlegen mitzubringen. Dort findet dann eine Mahnwache statt.

Dem Bündnis gegen Rechts gehören attac, Bündnis 90/Die Grünen, CRB, CSU, DGB, Die Linke, DIG, Evangelische Kirche, FDP, Freie Wähler, Junge Union, Junger Block, Jusos, Katholische Kirche, Lokale Agenda 21, ÖDP und SPD an.